

Nr. 20/917

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

1. Quellen-Telekommunikationsüberwachung und Online-Durchsuchung –
Mogelpackung auf Kosten der IT-Sicherheit?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. Juli 2022
(Drucksache [20/1536](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 24. Januar 2023
(Drucksache [20/1742](#))

Nr. 20/918

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 20. Februar 2023

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gesetz zur rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit am Übergang von
der Schule in den Beruf („JBA-Gesetz“)
Mitteilung des Senats vom 17. Januar 2023
(Drucksache [20/1735](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
2. Gesetz zum Abkommen über die Errichtung und Finanzierung der Aka-
demie für Öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf
Mitteilung des Senats vom 31. Januar 2023
(Drucksache [20/1746](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
3. Zweites Gesetz zur Änderung des Krebsregistergesetzes
Mitteilung des Senats vom 31. Januar 2023
(Drucksache [20/1747](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
4. 4. Jahresbericht
der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Daten-
schutzgrundverordnung
vom 18. März 2022
(Drucksache [20/1403](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 4. Jahresbericht der Landes-
beauftragten für Datenschutz Kenntnis.
5. Stellungnahme des Senats zum 4. Jahresbericht der Landesbeauftragten
für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung
Mitteilung des Senats vom 27. September 2022
(Drucksache [20/1608](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum
4. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

6. 4. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung und Stellungnahme des Senats Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit vom 7. Februar 2023 (Drucksache [20/1754](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.
7. 16. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 18. März 2022 (Drucksache [20/1404](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 16. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.
8. Stellungnahme des Senats zum 16. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2022 (Drucksache [20/1539](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 16. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.
9. 16. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit und Stellungnahme des Senats Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit vom 7. Februar 2023 (Drucksache [20/1755](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.
10. Personalbericht 2022 Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes mit den Daten des Jahres 2020 Mitteilung des Senats vom 11. Oktober 2022 (Drucksache [20/1632](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
11. Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum Personalbericht 2022, Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes mit den Daten des Jahres 2020 vom 7. Februar 2023 (Drucksache [20/1760](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau Kenntnis.
12. Sechstes Gesetz zur Änderung des Bremischen Ausbildungsgesetzes für Lehrämter (BremLAG): Ermöglichung der zweiten Wiederholung der unterrichtspraktischen Prüfung Mitteilung des Senats vom 7. Februar 2023 (Drucksache [20/1761](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

13. Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter/Investitionsprogramm Ganzttag
Mitteilung des Senats vom 7. Februar 2023
(Drucksache [20/1763](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
14. Änderung des Landesgremiumgesetzes: Vertretung des Sozialressorts als zusätzliches Mitglied im Gemeinsamen Landesgremium
Mitteilung des Senats vom 7. Februar 2023
(Drucksache [20/1764](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
15. 23. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau
Mitteilung des Senats vom 15. November 2022
(Drucksache [20/1669](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
16. Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum 23. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit 2020/2021
vom 9. Februar 2023
(Drucksache [20/1772](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau Kenntnis.
17. Gesetz zur Regelung des Bibliothekswesens im Land Bremen
Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2023
(Drucksache [20/1775](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 20/919

Trauer und Solidarität mit den Opfern des Erdbebens in der Türkei und Syrien

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, der CDU und der FDP
vom 21. Februar 2023
(Drucksache [20/1786](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) trauert um die Opfer der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und in Syrien und spricht allen Angehörigen ihr tief empfundenen Beileid und Mitgefühl aus. Unsere Solidarität gilt ihnen und allen Menschen vor Ort.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die schnelle Unterstützung und Bereitstellung von umfangreicher Katastrophenhilfe und humanitärer Hilfe durch NGOs (Non-Governmental Organisations [Deutsch: Nichtregierungsorganisationen]) und die internationale Staatengemeinschaft und erwartet, dass diese für alle vom Erdbeben betroffenen Regionen sichergestellt wird. Mit Blick auf die Erdbebenregion in Syrien ist es wichtig, dass für Hilfsmaßnahmen ausreichend Grenzübergänge zur Verfügung stehen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die schnelle Entscheidung der Bundesregierung, Visa für Erdbebenopfer auszustellen, die bei ihren Familien in Deutschland unterkommen können. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung auf, die Vergabe der Visa möglichst zügig und unbürokratisch durchzuführen. Sie erwartet von den zuständigen Ämtern im Land Bremen, dass schnell und unbürokratisch Termine für die Abgabe der notwendigen Verpflichtungserklärungen der Angehörigen zur Verfügung gestellt werden.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) bedankt sich bei allen Hilfsorganisationen im Land Bremen und insbesondere bei ihren Einsatzkräften, die bereits vor Ort sind oder sich derzeit auf ihren Einsatz vorbereiten.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bedankt sich bei allen Bremer:innen und Bremerhavener:innen für ihr Engagement und ihre große Spenden- und Hilfsbereitschaft für die Menschen vor Ort. Sie ruft alle Bremer:innen und Bremerhavener:innen, Unternehmen, Betriebe, Vereine und zivilgesellschaftliche Organisationen dazu auf, den Menschen vor Ort auch weiterhin durch finanzielle Spenden und bei Bedarf Hilfsgütern zu helfen und bittet den Senat, hierfür Informationen bereitzustellen und das Engagement und die Hilfen aus dem Land Bremen zu unterstützen und zu koordinieren.
6. Darüber hinaus bittet die Bürgerschaft (Landtag) den Senat, zu prüfen, wie ein Patenschaftsprogramm unter Beteiligung des Bremer Rats für Integration aufgelegt werden könnte, über das Bremerhavener:innen und Bremer:innen verwaiste Kinder und Jugendliche in den vom Erdbeben betroffenen Gebieten finanziell unterstützen können.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) drückt ihre tiefe Verbundenheit mit den Menschen in der Türkei und in Syrien aus und bittet den Senat zu prüfen, wie das Land Bremen die Menschen vor Ort auch langfristig bei der Bewältigung der Katastrophe und dem Wiederaufbau ihrer Städte, Dörfer und Infrastruktur unterstützen kann.

Nr. 20/920

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD:
„Zukunft des Bremer Airbus-Standortes ist gesichert – Einigung auf Zukunftskonzept ist ein wichtiger Erfolg für den Luftfahrtstandort Bremen und die Wirtschaftspolitik des Senats“;
2. auf Antrag der Abgeordneten Nelson Janßen, Klaus-Rainer Rupp, Maja Tegeler, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE:
„Die Reformvorschläge der Regierungskommission Krankenhaus müssen an die regionalen Bedarfe im Land Bremen angepasst werden“.

Nr. 20/921

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Abwehr von Antisemitismus, Rassismus und nationalsozialistischem Gedankengut

Bericht und Antrag des 1. Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung

vom 6. Dezember 2022

(Drucksache [20/1710](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in dritter Lesung, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des 1. Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung Kenntnis.

Nr. 20/922

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Antirassismus in Verfassung verankern

Antrag der Fraktion der CDU

vom 3. März 2020

(Drucksache [20/304](#))

Der Gesetzesantrag ist durch die Annahme der Drucksache [20/1710](#) erledigt.

Nr. 20/923

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 5. Mai 2020

(Drucksache [20/375](#))

Der Gesetzesantrag ist durch die Annahme der Drucksache [20/1710](#) erledigt.

Nr. 20/924

Gesetz zur Errichtung eines Ausbildungsunterstützungsfonds im Land Bremen

Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2023

(Neufassung der Drucksache [20/1748](#) vom 31. Januar 2023)

(Drucksache [20/1783](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit.

Nr. 20/925

Gute Arbeit in der Logistik: Werkverträge in der Paketbranche untersagen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 8. Februar 2023

(Drucksache [20/1768](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Bundesrat eine Änderung des Gesetzes zur Einführung einer Nachunternehmerhaftung in der Kurier-, Express- und Paketbranche zum Schutz der Beschäftigten („Paketboten-Schutz-Gesetz“) zu beantragen, mit dem analog zum Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft ein Verbot von Werkverträgen verankert wird.

Nr. 20/926

Ein Jahr Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und Verbrechen gegen die Menschlichkeit mitten in Europa

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Februar 2023
(Drucksache [20/1781](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 23. Februar 2023
(Drucksache [20/1792](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 8 und 10 des Antrags ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) trauert um die tausenden unschuldigen und sinnlosen Opfer, die Russlands brutaler Angriffskrieg innerhalb eines Jahres durch Tod, Verletzung, Verschleppung, Vertreibung und Zerstörung verursacht hat. Sie verurteilt nachdrücklich insbesondere Russlands gezielte Angriffe auf die zivile Bevölkerung, auf Wohngebäude, Schulen, Krankenhäuser und auf für die allgemeine Versorgung wichtige Infrastruktur. Russland hat sich damit außenpolitisch zu einem aggressiven Staat entwickelt, der innenpolitisch diktatorisch-autoritäre Strukturen angenommen hat, und der „Terror“ bewusst und gezielt als politisches und militärisches Mittel einsetzt. Die Bürgerschaft (Landtag) erneuert und bekräftigt ihre Solidarität mit dem seit einem Jahr anhaltenden Widerstand der Menschen in der Ukraine gegen den russischen Aggressor, der mit einer so ausgerichteten Politik keinen Erfolg haben darf, auch um die internationalen Grundsätze der Demokratie, des Rechtes und der Menschenrechte im Allgemeinen zu behaupten und zu verteidigen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) dankt allen in Staat, Gesellschaft und Organisationen, die durch Spenden, materielle Beiträge oder die Aufnahme und Betreuung von aus der Ukraine Geflüchteten unterstützt haben. In diesen Dank bezieht sie insbesondere die Ukrainerinnen und Ukraine ein, die in Deutschland und auch in Bremen Unterstützung für ihre Landsleute innerhalb und außerhalb des Heimatlandes mobilisiert haben. Hierin liegt nicht nur wichtige Hilfe für die Menschen in der Ukraine, sondern auch ein Zeichen für Solidarität und Respekt für eine bewunderungswürdige Bevölkerung und einen ungebrochenen Willen zur Verteidigung von Freiheit und staatlicher Unabhängigkeit. Unserer Solidarität und Unterstützung bedarf es für die gegenwärtige Zeit des Krieges, aber auch danach.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt erneut ihre Abscheu vor der Aggression Russlands und den verübten Kriegsverbrechen insbesondere gegen die Zivilbevölkerung sowie den gezielten Kampf gegen die Ernährungssicherheit und Ressourcenversorgung in der ganzen Welt. Sie unterstützt die Entschlossenheit der europäischen und westlichen Staaten, der Aggres-

sion, aber auch Drohungen unter anderem mit Massenvernichtungswaffen, entgegenzutreten. Sie erwartet auch weiterhin sorgfältige Erwägungen und internationale Konsultationen zu gemeinschaftlichen Sanktionen und notwendigen Waffenlieferungen. Sie ist darüber hinaus der Auffassung, dass sich einmal mehr gezeigt hat, dass die Strukturen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Europa dringend überdacht werden müssen.

4. Für die Bürgerschaft (Landtag) bleiben die scheindemokratischen „Referenden“, mit denen die Annexionen von Teilen der Ukraine legitimiert werden sollten, null und nichtig.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht das Recht der Ukraine auf staatliche Unabhängigkeit und Integrität. Dazu gehört auch das Recht auf Selbstverteidigung und auf Rückgewinnung der widerrechtlich besetzten Gebiete. Die Bürgerschaft (Landtag) hat weiterhin die Hoffnung, dass Russland zur Vernunft und zu den Grundsätzen der Menschenrechte und des Völkerrechts zurückfindet. Auf dieser Grundlage kann die Rückkehr zu verhandlungsbasierten Mitteln der Konfliktlösung gelingen, die Voraussetzung nachhaltigen Friedens ist. Ein durch einen möglichen Sieg Russlands erzwungener Diktatfrieden darf hingegen keine internationale Akzeptanz finden.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) wendet sich entschieden gegen den perfiden und geschichtsverfälschenden Versuch der russischen Regierung, ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine propagandistisch umzudeuten und zu rechtfertigen als Krieg gegen „Nazis“ in der Ukraine, dargestellt in der Kontinuität der Abwehr des Überfalls Deutschlands auf die ehemalige Sowjetunion. Sie sieht im Gegenteil mit Befremden und mit Sorge nicht nur die aktuelle Verherrlichung-, sondern insbesondere das Wiederaufleben der stalinistischen Ära in der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit Russlands, verbunden mit einer immer aggressiveren, nationalistischen und antiwestlichen Propaganda. Das Anknüpfen der Staatsdoktrin und der politischen Strukturen an diese totalitär-diktatorisch geprägte Epoche, in der Verbrechen gegen die eigene Bevölkerung an der Tagesordnung waren, ist nach ihrer Auffassung Teil und vorläufiger Tiefpunkt einer schon seit geraumer Zeit andauernden und insgesamt zunehmend undemokratischen Entwicklung in Russland. Die Bürgerschaft (Landtag) erinnert daran, dass zu den Verbrechen des Stalinismus auch der „Holodomor“ insbesondere gegen die Menschen in der Ukraine zählte. Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt deshalb erneut ihre Solidarität mit allen politischen Kräften in Russland, die der nationalistischen, geschichtsverfälschenden, undemokratischen und allen rechtsstaatlichen Grundsätzen zuwiderlaufenden Entwicklung, immer stärkerer Repression zum Trotz, in Politik, Medien und Gesellschaft Widerstand leisten.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die deutliche Solidarität mit der Ukraine in den entsprechenden Resolutionen des Europäischen Parlaments und wird gegebenenfalls zur Umsetzung beitragen. Dieses gilt für:
 - d) Die Umsetzung und Durchsetzung von Sanktionen und die Verhinderung von Umgehungsversuchen.
 - b) Dem Begegnen von Hass, Fehlinformation und Vergessen sowie der Relativierung und Verschleierung von Kriegsverbrechen.
 - c) Die Unterstützung der Dokumentation und Verfolgung von Kriegsverbrechen, von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und von Verbrechen gegen das friedliche Zusammenleben der Völker und Staaten. Sie unterstützt darüber hinaus die Schaffung einer Sondergerichtsbarkeit zur Verfolgung der Aggression Russlands als wichtiges Zeichen, die Verantwortlichen auch über die Dauer des Krieges hinaus zur Verantwortung ziehen zu wollen.

- d) Die Sicherung und Beschlagnahme russischer Vermögenswerte, wenn ein umfassender internationaler Entschädigungsmechanismus vorliegt. Sie unterstützt in diesem Sinne die Einrichtung eines „Schadensregisters“. Die Vermögenswerte sollen zur Bewältigung der Folgen der russischen Aggression in der Ukraine eingesetzt werden.
9. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt für das Land Bremen die Bereitschaft, Geflüchteten aus der Ukraine bei uns Schutz und Hilfe zu gewähren und in der Gemeinschaft mit der Zivilgesellschaft zur materiellen Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung beizutragen. In der Ergänzung der Maßnahmen auf internationaler und staatlicher Ebene sieht sie in der Partnerschaft zu Städten und Regionen eine wichtige Ergänzung für direkte, schnelle und unbürokratische Hilfe. Sie hält deshalb unter anderem die beabsichtigte Partnerschaft mit der Stadt/Region Odessa für eine wichtige Möglichkeit, unseren Beitrag zur Hilfe regional, konkret, langfristig angelegt und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft zu organisieren. Die Bürgerschaft (Landtag) wird diese Verbindungen deshalb nachdrücklich fördern und eigenständig mitgestalten und regt an, im Rahmen des Ausschusses für „Bundes- und Europangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit“ einen eigenen Unterausschuss „Städtepartnerschaften“ in der 21. Legislaturperiode zu bilden.

Nr. 20/927

Fragestunde

1. Aktueller Stand des Projekts „5GKonzeptA27“
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 19. Januar 2023
2. Autonome Personenfähre über den Fischereihafen I
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 19. Januar 2023
3. Blutspenden – ist die rote Linie im Bestand von Blutkonserven bereits überschritten?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 19. Januar 2023
4. Hinterlandanbindung der bremischen Häfen
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 19. Januar 2023
5. Nutzung von Faxgeräten in der bremischen Verwaltung
Anfrage der Abgeordneten Holger Welt, Arno Gottschalk, Martin Günthner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 19. Januar 2023
6. Anträge von Geringverdiener:innen auf Unterstützung bei Heizkostennachzahlungen
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 19. Januar 2023
7. Aktenhalde bei der Polizei Bremen weiter gestiegen?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 19. Januar 2023
8. Macht der Innensenator sein Versprechen wahr und schiebt die Drogendealer vom Hauptbahnhof ab?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 19. Januar 2023

9. Inklusion auch im berufsbildenden Bereich konsequent weiterentwickeln!

Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Januar 2023

10. Wie wird sichergestellt, dass Tagespflegepersonen und pädagogische Fachkräfte in Kitas im Land Bremen die Grundwerte des Grundgesetzes vertreten?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Januar 2023

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Kreislaufgerechtes Bauen in der Hochschulausbildung?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Christopher Hupe, Philipp Bruck, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Januar 2023

12. Antikurdischer und rechtsradikaler Wahlkampf durch Erdogan-Politiker auch in Bremen und Bremerhaven?

Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 19. Januar 2023

13. Bremen als Mitglied in der Allianz der Automobilregionen

Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Carsten Meyer-Heder, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 24. Januar 2023

14. Wasserstofftankstelle für Hafenfahrzeuge

Anfrage der Abgeordneten Thorsten Raschen, Martin Michalik, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 24. Januar 2023

15. Abschaffung des Numerus Clausus bei Lehramtsstudiengängen

Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Yvonne Averwenser, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 24. Januar 2023

16. Mangelhafte medizinische Versorgung von pflegebedürftigen Menschen in der stationären Altenpflege?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 24. Januar 2023

17. Feststellungserklärungen zur Grundsteuer für bremische Liegenschaften

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 26. Januar 2023

18. Ehe ohne Ehefähigkeitszeugnis?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 27. Januar 2023

19. Stand der geplanten Landesaufnahmeanordnung zu Syrien

Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 31. Januar 2023

20. Vorgaben des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BremBGG) bezüglich Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude eingehalten?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2023

21. Drogendealer mit gestohlenem Auto

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2023

22. Polizei geht gegen Straßendealer vor
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2023
23. Polizei findet Drogen und Bargeld
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2023
24. Polizei nimmt Drogendealer und Lieferanten fest
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2023
25. Ermittlungsgruppe Straßendeal erfolgreich
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2023
26. Polizei findet Drogen nach Ruhestörung
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2023
27. Waffen, Autos und Drogen beschlagnahmt
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2023
28. Angebliche Einbrecher in der Vahr
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2023
29. Polizei stellt Drogen in Wohnung sicher
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2023
30. Schlag gegen Drogenhandel
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2023
31. Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Gerecht und fair: Entlastung jetzt – Energiearmut verhindern“ I
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 9. Februar 2023
32. Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Gerecht und fair: Entlastung jetzt – Energiearmut verhindern“ II
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 9. Februar 2023
33. Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Gerecht und fair: Entlastung jetzt – Energiearmut verhindern“ III
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 9. Februar 2023
34. Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Gerecht und fair: Entlastung jetzt – Energiearmut verhindern“ IV
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 9. Februar 2023
35. Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Gerecht und fair: Entlastung jetzt – Energiearmut verhindern“ V
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 9. Februar 2023

36. Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Gerecht und fair: Entlastung jetzt – Energiearmut verhindern“ VI
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 9. Februar 2023
37. Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Gerecht und fair: Entlastung jetzt – Energiearmut verhindern“ VI
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 9. Februar 2023
38. Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Gerecht und fair: Entlastung jetzt – Energiearmut verhindern“ VIII
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 9. Februar 2023
39. Presseförderung als Beitrag zur Sicherung der regionalen Medienvielfalt und als Demokratieförderungsinstrument
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 14. Februar 2023
40. Wie viele Strafverfahren führen in Bremen am Ende wirklich zu einer Verurteilung?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 14. Februar 2023

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/928

Mehr Klarheit: Noten ab Klasse 3

Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. November 2022
(Drucksache [20/1683](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/929

Lehrkräftemangel geht uns alle an – bundesweite Ausbildungsinitiative und Bildungsstaatsvertrag jetzt gemeinsam auf den Weg bringen!

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 21. Februar 2023
(Neufassung der Drucksache [20/1758](#) vom 7. Februar 2023)
(Drucksache [20/1789](#))

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich im Kreise der Konferenz der Kultusminister (KMK) gemeinsam mit anderen Bundesländern, wie etwa Berlin, aktiv und offensiv für die Ausgestaltung sowie den Abschluss eines Staatsvertrags zur Deckung des Lehrkräftebedarfs einzusetzen. Die Länder kommen hiermit ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung nach, da dieser Schritt das Ziel verfolgt, die Unterrichtsqualität und Unterrichtsversorgung bundesweit gleichermaßen zu sichern. Zentrale Regelungsgegenstände eines solchen Staatsvertrages sind eine unter den unterzeichnenden Ländern koordinierte und in sich konsistente Strategie zur Bereitstellung

- a) der erforderlichen Plätze innerhalb der Lehramtsstudiengänge;
 - b) der notwendigen Kapazitäten im Vorbereitungsdienst.
- Ferner soll ein derartiger Staatsvertrag nach Möglichkeit Festlegungen treffen in Bezug auf
- c) gemeinsame Standards bei Bildungs- und Hochschulstatistik sowie darauf aufbauende Prognostik und Modellrechnung;
 - d) einen Länderausgleich bei den Ausbildungskosten.
2. im Kreise der Konferenz der Kultusminister (KMK) in Abstimmung mit der Ebene des Bundes für die inhaltliche sowie administrative Ausgestaltung und kurzfristige Initiierung einer deutschlandweiten Kampagne im Rahmen einer Ausbildungsoffensive für Lehrberufe zu werben, die das Ziel verfolgt, die Zahl der Studienanfänger der Lehrämter in allen Bundesländern gleichermaßen zu steigern.
 3. der Bürgerschaft (Landtag) mindestens halbjährlich über den Fortgang des Ausgestaltungs- und Ratifizierungsprozesses des skizzierten Bildungsstaatsvertrags zu berichten.

Nr. 20/930

Entwicklungspolitische Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen – Fortschreibung 2022

Mitteilung des Senats vom 23. August 2022
(Drucksache [20/1551](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/931

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 35

vom 20. Januar 2023
(Drucksache [20/1740](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/932

Ratifizierung des Dritten Staatsvertrags zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (3. Medienänderungsstaatsvertrag)

Mitteilung des Senats vom 24. Januar 2023
(Drucksache [20/1741](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/933

Gesetz zur Neufassung des Bremischen Gesetzes über die Juristenausbildung und die erste juristische Prüfung (JAPG)

Mitteilung des Senats vom 22. November 2022
(Drucksache [20/1677](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 20/934

Gesetz zur Neufassung des Bremischen Gesetzes über die Juristenausbildung und die erste juristische Prüfung (JAPG)

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 25. Januar 2023
(Drucksache [20/1745](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 20/935

Drittes Gesetz zur Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 3. Februar 2023
(Drucksache [20/1752](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Nr. 20/936

Drittes Gesetz zur Änderung des Aufnahmegesetzes

Mitteilung des Senats vom 7. Februar 2023
(Drucksache [20/1762](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/937

Novellierung des Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes (BremKEG)

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2023
(Drucksache [20/1774](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss zur Begleitung und parlamentarischen Kontrolle der Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“.

Nr. 20/938

Gesetz zur Neufassung des Bremischen Richtergesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP
vom 16. Februar 2023
(Drucksache [20/1782](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/939

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 36

vom 17. Februar 2023
(Drucksache [20/1785](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/940

Anonymes Hinweisgeberportal in der Steuerverwaltung einführen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 10. November 2022
(Drucksache [20/1662](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein webbasiertes, anonymes Hinweisgebersystem nach baden-württembergischen Vorbild in der bremischen Steuerverwaltung einzurichten, das Bürger:innen ermöglicht, sicher und diskret Verstöße gegen Straf- und Steuergesetze zu melden;
2. dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss innerhalb eines Jahres nach Beschlussfassung über den Stand der Umsetzung zu berichten.

Nr. 20/941

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum Entwurf eines Sechsten Hochschulreformgesetzes

vom 21. Februar 2023
(Drucksache [20/1787](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 20/942

Sechstes Hochschulreformgesetz

Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 2022
(Drucksache [20/1705](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

vom 22. Februar 2023
(Drucksache [20/1791](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit den Änderungen aus der Drucksache [20/1787](#) in zweiter Lesung.

Nr. 20/943

Gesetz zur Änderung des Bremischen Hochschulgesetzes – Mehr Hochschulfreiheit durch Streichung der sogenannten Zivilklausel

Antrag der Fraktion der FDP
vom 30. September 2022
(Drucksache [20/1615](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 28 Absatz 1 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 20/944

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Immobilienmanagement neu ordnen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 4. August 2022
(Drucksache [20/1542](#))
2. Digitale Bildung als Querschnittsaufgabe modernen Lernens
Antrag der Fraktion der FDP
vom 27. September 2022
(Drucksache [20/1612](#))
3. Wann schlägt sich der Standortvorteil der digitalen Ausstattung der Schulen im Land auch in den Bildungsergebnissen nieder?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 12. September 2022
(Drucksache [20/1580](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 29. November 2022
(Drucksache [20/1688](#))
4. Auseinandersetzung mit der Geschichte der Frauenbewegung in den Schulen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 4. Oktober 2022
(Drucksache [20/1620](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 22. November 2022
(Drucksache [20/1679](#))
5. Klimaschutzstrategie 2038 der Freien Hansestadt Bremen
Mitteilung des Senats vom 15. November 2022
(Drucksache [20/1670](#))
6. Risiken von Titandioxid in Arzneimitteln aus gesundheitlichen Gründen und Gründen des Verbraucherschutzes reduzieren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. November 2022
(Drucksache [20/1675](#))
7. Status quo und Perspektiven von kommunalen und vereinseigenen Sportstätten
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. November 2022
(Drucksache [20/1665](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 31. Januar 2023
(Drucksache [20/1749](#))

8. Blockiert Rot-Grün in Niedersachsen die Weservertiefung?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 15. November 2022
(Drucksache [20/1667](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 20. Dezember 2022
(Drucksache [20/1721](#))
9. Compliance Regeln im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) optimieren
Antrag der Fraktion der FDP
vom 2. Dezember 2022
(Drucksache [20/1695](#))
10. Bericht zur zweiten Fortschreibung des Klimaschutz- und Energieprogramms (KEP) 2020 für den Berichtszeitraum 2017-2021
Mitteilung des Senats vom 13. Dezember 2022
(Drucksache [20/1715](#))
11. Polizei von Aufgaben entlasten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Januar 2023
(Drucksache [20/1733](#))
12. Förderung von LSBTIQ*-sensibler Pflege im Land Bremen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 8. Februar 2023
(Drucksache [20/1769](#))
13. Notwendige Assistenz im Krankenhaus für alle Menschen mit Behinderung sicherstellen und Barrierefreiheit in Bremer und Bremerhavener Krankenhäusern verbessern
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, der CDU und der FDP
vom 8. Februar 2023
(Drucksache [20/1771](#))